notiert 89

F+F

Mitteilungen für
Freunde und Förderer der DPSG
Winter 2023 / Frühjahr 2024

Eine Schande. Die Reichsflagge, das Symbol der Rechtsextremisten und Faschisten vor dem Sitz des Deutschen Bundestags. Anschließend versuchten die Aufrührer in das Gebäude einzudringen. Drei wackere Polizisten hielten sie ab, bevor Verstärkung kam.

WAS TUN WIR?

THEMA

Demokratie in Gefahr?

12 **Im Zweifel gegen den Westen**

Der Kachowka-Damm ist gebrochen, die Dämme der Zivilisation sind es schon länger. Im Thementeil widmen wir uns dem Krieg in der Ukraine und in Europa..

12

INTERNET

3 2 Fragen / Editorial
4 Mitglieder und Freunde
7 Aus dem F+F-Bundesverband
8 52. Jahrestreffen 2023
10 Aus der DPSG und der internationalen Pfadfinderwelt
11 Rettung des christlichen Abendlandes
12 **Thementeil:** Im Zweifel gegen den Westen
16 Friedenspreis für Serhij Zhadan
18 Der »Westen« das »Zweite« und das »Dritte Rom«
20 Bundestag ordnet Holodomor als Völkermord ein
22 Interkulturelle Reflexionen
26 Synodaler Weg
28 Aus den Diözesen
30 Initiativen
31 Aus der Redaktion / Impressum
32 Das ultimative Kochrezept
33 Am Lagerfeuer
34 Aus der Geschichte der DPSG
40 Menschen
42 Bücher
43 Unsere Toten
44 Unsere Neuen / Leserbriefe
47 Wegzeichen

Titeltypografie: Dieter Kluth

INTERNET

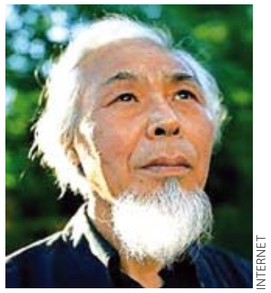
Der große Schweizer Literat Adolf Muschg hat eine weitgehend unbekannte Pfadfindervergangenheit. Er gewährt uns Einblicke, wie bereichernd das war und warum es so abrupt endete.

22

Es war ja schon länger bekannt, dass in Oberschlesien schon sehr früh eine Georgspfadfinderschaft entstand. Nun aber liegt uns eine bemerkenswerte Dokumentation darüber vor.

34

INTERNET



INTERNET

Auf der Rückseite des Heftes ist in Bezug zum Thementeil eine Skulptur des japanisch-saarländischen Künstlers Seiji Kimoto abgebildet. Er war ein großer Freund, gerade auch des Pfadfindertums.

48

WEIHNACHTEN IN SCHWIERIGEN ZEITEN

Liebe Freundinnen und Freunde,

es ist schon ein berührendes Bild, wie zwei Frauen auf einem Friedhof in der Ukraine einen kleinen Weihnachtsbaum auf dem Grab eines Gefallenen aufstellen. Doch ist es auch ein Zeichen der Hoffnung, dass Gerechtigkeit einzieht und dieser Krieg ein Ende finden wird.

Angesichts des Leids in der Ukraine und an so vielen anderen Orten der Gewalt auf dieser Erde können wir uns an die Verheißung aus der Weihnachtsgeschichte des Lukasevangeliums orientieren: "Friede den Menschen guten Willens". Das weist weit über das Weihnachtsfest hinaus. Der Lobgesang der Engel über den Feldern von Bethlehem spricht eine unstillbare Sehnsucht der Menschen an: Es soll Friede sein. Auf der ganzen Erde. Für alle.

Wir wünschen euch und uns allen die Zuversicht, dass diese Verheißung Wirklichkeit wird.

Vorstand, Beirat und Redaktion »notiert«

Liebe Freundinnen und Freunde,

was für eine krumme Zeit! In der Ukraine tobt nach wie vor der Krieg, ausgelöst durch den Überfall eines neoimperialistischen und neokolonialen Russlands unter der Herrschaft eines Diktators.

Schon die Sowjetunion errichtete ein koloniales Staatengebilde, aufgebaut auf zaristischen Großmachtvorstellungen. China machte das historisch und macht das heute nicht anders. Die ausgreifenden Einflussnahmen beider Staaten in Afrika, Asien und Südamerika zeigen das deutlich. Hackerangriffe, Wahlbeeinflussungen, Fakenews usw. sind die Begleitmusik. Die USA und Frankreich? Auch keine Heldenknaben. Man kann da an Charles de Gaulle erinnern: "Staaten haben keine Freunde, nur Interessen." Will meinen: sie haben auch keine Moral.

Schlimmer noch, die aktuellen Entwicklungen in Deutschland zeigen, dass das alles keine Verwerfungen sind, die da irgendwo draußen passieren, sondern längst unsere demokratische Gesellschaft infiltriert haben. Das Bedrohliche eines autokratischen bis diktatorischen Regimes hat sich schon eingenistet und viele finden das gut.

Was heißt das alles für Pfadfinderinnen und Pfadfinder? Mit dem Herzen fühlen und dem Verstand denken, für Gerechtigkeit und Frieden eintreten und dem Rechtsextremismus engagiert entgegentreten. Sonst haben wir unsere Verfasstheit als internationale Friedensbewegung verwirkt. Die christliche sowieso.

Und, wie heißt es so trefflich in dem Lied, das uns aufgegeben ist: "Wir rufen die Jugend der Welt, Sankt Jürg, die Länder und Völker der Erde.
Hilf Du uns beginnen,
das Leben gewinnen!"

Beste und solidarische Grüße,

Dr. Anton Markmiller

Wir sponsern die PFADFINDER

DPSG

Olha Dybkaliuk über die Solidarität der Pfadfinder:innen

Ein bewegender Aufruf bei der 89. DPSG-Bundesversammlung 2022 in Passau

Ich gehöre zum ukrainischen Pfadfinderverband – National Organization of the Scouts of Ukraine (NOSU) – und wurde im Oktober letzten Jahres International Commissioner für NOSU. Die Ukraine ist jetzt seit fast vier Monaten in allen Nachrichten der Welt. Als junger Mensch aus der Ukraine bin ich sehr traurig darüber, dass die Nachrichten über den Krieg in meinem Land aus dem weltweiten Informationsraum verschwinden. Deshalb bin ich sehr dankbar, dass ich hier bei dieser Versammlung sein kann, um vor Euch zu sprechen, Informationen zu verbreiten und die Besorgnis an unserer Situation aufrecht zu erhalten.

Ich denke, ihr alle werdet mir zustimmen, wie absurd es ist, heutzutage immer noch Panzer, und Raketen, zerstörte Gebäude und Menschen auf der Flucht vor dem Krieg zu sehen. Es kommt mir ungerecht und unwirklich vor, dass so etwas in der heutigen Welt passieren kann, aber es passiert – gerade jetzt, gerade dort. Menschen fliehen vor dem Krieg, verlassen ihre Häuser und ziehen ohne weitere Pläne an relativ sichere Orte.

Dank für das Engagement

Und die Pfadfinder in der Ukraine und im Ausland gehören zu denen, die ihnen in diesen schwierigen Zeiten helfen. Ich möchte über Pfadfinden sprechen, über dessen Bedeutung und entscheidende Rolle bei der Bewältigung der Krisen und Notlagen auf der ganzen Welt. Ich möchte insbesondere den wertvollen Beitrag von Pfadfinden in Deutschland und die wunderbare Initiative der DPSG zur Herstellung der Abzeichen »Kein Krieg« würdigen.

Dank dieser Initiative sind bis heute mehr als 35.000 € gesammelt worden. Ich weiß, wie viele sich von euch diesem Aufruf angeschlossen haben, und ich kann gar nicht ausdrücken, wie dankbar ich und die ukrainischen Pfadfinder für eure wirklich großzügigen Beiträge sind. Schon im März wurden 10.000 € durch euch über den Solidaritätsfonds gespendet. Über Scout Donation Platform haben diese Spenden die ukrainischen Pfadfinder bei ihrer Arbeit vor Ort mit den Binnenflüchtlingen unterstützt. Auch die anderen nationalen Pfadfinderorganisationen aus Polen, Moldawien, Rumänien und andere, die die Flüchtlinge aus der Ukraine unterstützen und lebenswichtige Güter, Unterkünfte, Freiwillige und wichtige Logistik bereitstellen. Was die Nachbarländer betrifft, so möchte ich auch die deutsch-polnische Partnerschaft erwähnen: Der Freiwilligeneinsatz an der polnisch-ukrainischen Grenze leistet einen großen Beitrag zu unserem gemeinsamen Ziel und ist ein wunderbares Zeichen der Zusammenarbeit. Integration der Flüchtlinge in den Ländern, in die die Menschen fliehen, ist ebenfalls ein entscheidender Schritt für ihr Wohlbefinden. Scouts geben jungen Menschen die Möglichkeit, sich aktiv in die Gemeinschaft einzubringen und ihren Familien ein Stück Heimat zu geben.

Aufruf zu weiterem Engagement

Ich weiß, dass viele eurer örtlichen Pfadfindergruppen bereits ukrainische Kinder aufgenommen haben, und ich bin sehr dankbar für diese Unterstützung. Es gibt jedoch viele Kinder aus der Ukraine in Deutschland, die das Scout Movement nicht kennen und Angst haben, die ersten Schritte selbst zu machen. Deshalb bitte ich euch, in diesem Sinne sichtbarer zu werden. Zeigt Euch und bietet euch noch mehr an. Geht in die Schulen, Kindergärten, Deutsch-Integrationskurse und werbt hier für die Pfadfinderei. Ladet die ukrainische Kinder zu euren Veranstaltungen ein. Ansonsten, bitte unterstützt uns weiterhin vor Ort. Macht weiterhin Aktionen und macht auf euch und uns aufmerksam. Eure Aktionen werden von uns allen gesehen und gewürdigt. Bitte seid versichert, dass jede Nachricht und jede Mail gelesen werden. Diese sind die ersten, und wichtigen Maßnahmen, die uns dabei helfen werden, die Herausforderungen zu überwinden. Dank der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft fühlen sich jeder ukrainische Scout jetzt mehr denn je als Teil einer großen Weltpfadfinderfamilie. Und jeder Ukrainer empfindet sich als Bürger der Welt, auf der Basis der gegenseitigen Hilfe, des Respekts, der Unterstützung und des Dankes. Danke euch Allen!

Olha Dybkaliuk

DPA HAMBURG

Ukrainische und deutsche Pfadfinderinnen bringen das Friedenslicht in das Ukrainische Generalkonsulat in Hamburg – Dezember 2022.

Pfadfinder im falschen Image-Film

In der unerfreulichen Geschichte des 25. Weltjamborees in Saemangeum, Südkorea, gab es einen vorzeitigen Abbruch. Nach lauten Beschwerden über schlechten Hitzeschutz, zu wenig Verpflegung und mangelnde Hygiene entschieden die koreanischen Organisatoren und WOSM, dass der große Zeltplatz geräumt werde. Nicht wegen der Kritik, sondern weil ein Taifun auf die koreanische Halbinsel zusteuerte. Immerhin, die Veranstaltung mit etwa 43 000 Teilnehmenden aus rund 160 Ländern sollte mit Angeboten an verschiedenen anderen Orten weitergehen.

AP

Wo ein Meer aus Zelten stand, befand sich einst das Wattenmeer. Die Regierung ließ das Gebiet trockenlegen, um es industriell nutzbar zu machen.

Trotzdem tut dieses Jamboree dem Ruf der Bewegung nicht gut. Denn es hat Pfadfinder in eine Landschaft geführt, die nicht zu ihren Werten passt. Hier, an der Küste des Gelben Meeres, erstreckte sich einst ein Wattenmeer, war ein Rastplatz für rund 400 000 Zugvögel. Der Zeltplatz liegt auf einer künstlich aufgeschütteten Ebene.

»Normal ist das hier nicht«, sagt Niklas König, Sprecher des deutschen Kontingents. Als das Welttreffen am 1. August begann, gab es von vielem zu wenig: Schatten, Verpflegung, Toiletten, Duschen, medizinisches Personal. König spricht von »vielen heftigen Startschwierigkeiten«, aber: »Unsere Teilnehmer haben trotz allem Spaß.« Aber der Widerspruch bleibt: grünes Lebensgefühl in zerstörter Natur? »Hinsichtlich des ehemaligen Wattenmeers hat es im deutschen Kontingent kritische Debatten gegeben«, sagt König. In Korea aber sei das Problem kein Thema. »Es werden eher die Chancen der Region für Wirtschaft und Tourismus in den Fokus gerückt.«

FAZ

Denn wenn Populisten erst die Machtelite stellten, sei das altbewährte Volk versus-Elite-Narrativ nicht mehr die passende Erzählung.

Verschwörungsnarrative

Blickt man indes auf Orbán oder Trump, fällt auf, dass beide, auch an der Macht, dem populistischen Grundsatz weiter gefolgt sind. »Obwohl man die Geschicke desStaates lenkt, erklärt man nicht zur Elite zu gehören, die auch weiterhin hinter den Kulissen existiere, und dem Autokraten das Leben schwer mache«, sagt Thomas Risse, Experte für internationale Politik und Seniorprofessor bei SCRIPTS *[Excellentcluster »Contestations of the Liberal Script« beim WZB].* Hier komme meist der Antisemitismus ins Spiel – nicht zufällig erklärten viele Rechtspopulisten den jüdischen Philanthropen George Soros zum Feind. Die historisch überlieferten Verschwörungsnarrative, die »den Juden« die Kontrolle der Hinterbühne zuschreiben, eignen sich für schlechte Regenten nämlich gut, um die eigene Inkompetenz zu verschleiern: Die heimlichen Eliten, so die Erzählung, verhindern, dass der Volkstribun sein Werk verrichten kann. Tatsache sei, dass Rechtspopulisten auf die komplexen Fragen der Spätmoderne, keine adäquaten Antworten hätten, meint Zürn.

Kein Gegenmodell zur liberalen Ordnung

»Es ist nicht so, dass autoritäre Populisten, ein in sich stimmiges Gegenmodell zur liberalen Ordnung anbieten würden.« Vor allem im wirtschaftspolitischen Feld ist die rechtspopulistische Ideologie von radikalen Gegensätzen durchzogen. Ethnisch exklusive Wohlfahrtsstaatsideen und Marktradikalismus hielten sich die Wage, kämen nicht nur in derselben Parteienfamilie, sondern oft in derselben Partei vor, meint Rovira Kaltwasser. »Die alte verteilungspolitische Längsachse, die klassische Rechts-Links-Polarität, spielt für rechtspopulistische Akteure und Bewegungen kaum eine Rolle«, sagt Risse. Wichtiger sei die hierzu querliegende Achse, auf der nationalistisches Stammesdenken dem Kosmopolitismus gegenübergestellt wird. So agitieren AfD und ähnliche Bewegungen mit der regressiven Sehnsucht nach der angestammten Lebenswelt – das Chaos der Spätmoderne soll beseitigt, Migration und Gender-Trouble rückgängig gemacht und die »natürliche Ordnung« wiederhergestellt werden. Statt Klassenkämpfen werden hier Kulturkämpfe geführt.

Sehnsucht nach alter Größe

So führt die Forschung für das Erstarken des autoritären Rechtspopulismus zwar vielfältige Gründe an. Da ist zum einen der Wandel des politischen Systems: Eine zusehends fehlende Repräsentation unterer Schichten in den meisten Parlamenten, sowie eine Verlagerung von Machtkompetenzen auf nicht vom Volk gewählte Institutionen – wodurch viele meinten, ihre Stimme zähle nicht. Sodann gibt es die sozioökonomische Begründung, dass Mittelschichtsmilieus, die mit der Globalisierung ihren Abstieg erleben, häufig Populisten auf den Leim gehen. Und nicht zuletzt die soziokulturelle Erklärung, dass die Emanzipation der bis dato Unterdrückten die ehemals Privilegierten erzürnt, weil die liberale Ordnung sie nun nicht mehr bevorzugt – was reaktionäre Backlashs bedinge. Allein, was auch immer die Gründe sein mögen, die Menschen bei Rechtsextremen ihr Kreuzchen machen lassen – auch politische oder ökonomische Konflikte werden von rechtspopulistischen Kräften in die Sprache eines ethno-kulturellen Krieges überführt. Sowohl das Gefühl, demokratisch nicht zu zählen als auch die sozialen und symbolischen Verluste werden mit der Teilhabe am »Volk« kompensiert – als vermeintlich zeitloser Identität, die Geborgenheit und Größe wiederherstellen soll. Da der soziokulturelle Wandel viele überfordert, wird der Rechtspopulismus wohl nicht so bald verschwinden. Und doch würde eine Politik, die sich ernsthaft der sozialen Verwerfungen annähme, Rechtspopulisten die Umdeutung vornehmlich sozioökonomischer in soziokulturelle Konflikte erschweren.

Dieser Text wurde vom Autor im Rahmen eines journalistischen Stipendiums am Exzellenzcluster »Contestations of the Liberal Script« (SCRIPTS) verfasst. In dem Berliner Forschungsverbund werden die globalen Krisen des liberalen Ordnungsmodells analysiert. Der Beitrag wurde im Tagesspiegel veröffentlich, wir danken für die Zurverfügungstellung des Textes.

Demokratie ist kein Selbstläufer

So lautet die Überschrift des entsprechenden Artikels in publik, der Mitgliederzeitung meiner Gewerkschaft ver.di/Ausgabe 3.2022. Die Autorin Marion Lühring bezieht sich auf das Ergebnis einer Umfrage des Allensbach-Instituts im Auftrag des Südwestdeutschen Rundfunks: 31 Prozent der Deutschen glauben in einer Scheindemokratie zu leben, in der die Bürger*innen nichts zu sagen haben. Im Osten glaubt das fast die Hälfte, 45 Prozent, im Westen 28 Prozent. Nach dieser Umfrage finden zudem 9,2 Prozent der Befragten im Osten, dass man sich gewaltsam gegen Vertreter*innen dieses Systems wehren müsse, 5,7 Prozent glauben das im Westen.

Demokratie in Gefahr

Trotz der gebotenen Skepsis gegenüber Umfragen darf Demokratie nicht als fester Besitz verstanden werden, sondern als etwas, das dauernd wiederhergestellt werden muss. Denn wer den Zustand unserer Demokratie aufmerksam betrachtet, stellt fest, dass sich inzwischen viele Bürger*innen – junge wie alte – komplett aus unserem System verschiedet haben.

INTERNET

Einer aktuellen Forsa-Umfrage des Magazins »Stern« zufolge haben die Politiker*innen auf Bundesebene nach Ansicht der Bundesbürger:innen keine Ahnung vom Alltag der Menschen. 83 Prozent der Befragten gaben an, die meisten Bundespolitiker*innen wüssten nicht, was die Bürger:innen im Alltag bewegt. Gerade einmal 15 Prozent der Befragten meinen, dass die Bundespolitiker:innen ihre Alltagsprobleme wahrnähmen. Die Angaben differieren jedoch mehr oder weniger deutlich nach der Parteienpräferenz: Von den Anhänger:innen der Grünen fühlt sich (immerhin noch!) knapp jede:r Dritte in ihren/seinen Alltagsproblemen verstanden. Bei den Anhänger:innen der FDP sind es 25 Prozent, bei denen der SPD 21 Prozent. Abweichend davon liegen die Werte bei Anhänger:innen der CDU mit zehn Prozent und der AfD mit drei Prozent besonders niedrig. (Lippstädter Zeitung Der Patriot/Politik/02.08.2023)

Situation bei Wahlen

Mit sehr kritischem Blick verfolge ich die Beteiligung der wahlberechtigten Bürger:innen an Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen. So lag die Wahlbeteiligung bei der letzten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2022 bei nur knapp über 55 Prozent, mit Schwankungen in den Gemeinden zwischen 43,9 Prozent und 72,00 Prozent! Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist mit einer aktuellen Studie der Frage nach den Nichtwahlgründen von Bürger*innen und den dahinterliegenden Einstellungen nachgegangen. Insgesamt haben die Verantwortlichen dieser Studie sechs verschiedene Gruppen, sogenannte Personas, identifiziert, die ich hier nur kurz benennen will: die Zurückgekehrten, die Vergesslichen, die Berechnenden, die Krisengestressten, die Gleichgültigen, die Wütenden. Die Verantwortlichen der Studie gewinnen aus ihren Gesprächen die Erkenntnis, dass auch Gelegenheitswähler*innen und Nichtwähler:innen durchaus den Wunsch haben, mit Politik in Kontakt zu kommen. Aber diese Menschen hinterfragen mehr als andere den Sinn, ich ergänze noch, den Zweck von Wahlkämpfen und vermuten dahinter vor allem einen Selbstzweck. Eine steigende Wahlbeteiligung wird daher nicht allein durch Wahlkämpfe zu erreichen sein, sie verlangt eine stetige Präsenz. (mehr dazu auf www.fes.de)

Fazit

Mein Fazit angesichts der skizzierten Gefährdung unserer demokratischen Kultur: Es wird allerhöchste Zeit, die Demokratie in unserem Land neu zu beleben oder - in einem Bild ausgedrückt – aufzuforsten. Das kann nur gelingen, wenn Bürger:innen als die Expert:innen der Entwicklung ihres Gemeinwesens gesehen und ernst genommen werden. Denn ihre Interessen und Ideen, Beobachtungen und Vorschläge besitzen oftmals eine hohe Alltagstauglichkeit und bringen, möglichst moderiert und qualifiziert durch externe Moderator:innen, ein Gemeinwesen voran. Politik und Verwaltung sollten daher ihre Bedenken und Vorbehalte gegenüber einer kontinuierlichen und wirkmächtigen Einbeziehung ihrer Bürger:innen beiseite legen. Eine aktive Bürger:innen-Gesellschaft verändert zwar die Einflusssphären vor Ort, die letztendliche Entscheidungskompetenz verbleibt jedoch bei den gewählten Mandatsträger:innen. Das soll und muss auch so bleiben, denn zu diesem Zweck sind sie schließlich gewählt worden.

Lust auf mehr Demokratie

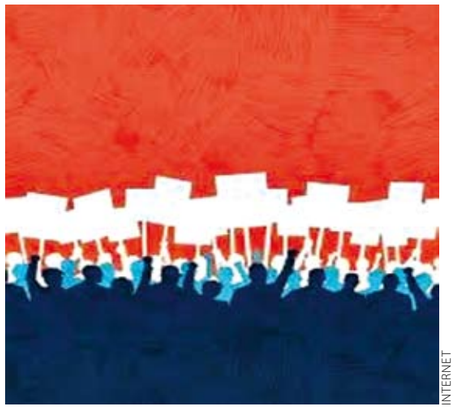
Eine seriöse und nachhaltige Beteiligung der Bürger:innen bedarf natürlich einer klaren Zielsetzung, die meines Erachtens in dem folgenden Motto zum Ausdruck kommt: Mitreden. Mitmachen. Mitbestimmen. Sie versteht sich als bürgerschaftliches Engagement, unterscheidet sich jedoch von vielen anderen Formen freiwillig-ehrenamtlichen Engagements. Denn dieses Beteiligungsformat ist auf der strategischen Ebene anzusiedeln und deshalb auch in die entsprechenden Diskurse mit dem Ziel einer konstruktiven und problemlösenden Konsensfindung hin einzubinden. Im Gegensatz dazu fallen Bürgerinnen-Initiativen vielfach durch ein alternativloses Dagegen-sein oder die Durchsetzung persönlicher Interessen auf. Vielleicht in der Sorge, ihnen ginge etwas verloren!

Gemeinden, Städte und Landkreise stellen keine staatliche Ebene dar. Ihre vorrangige Aufgabe besteht darin, in kommunaler, sprich bürgerschaftlicher Selbstverwaltung, Landes- und Bundesgesetze auf die Situation des jeweiligen Gemeinwesens umzusetzen. Leider herrscht im Alltag der kommunalen Selbstverwaltung vielfach das Verständnis vor, Kommunalpolitik bewege sich ausschließlich zwischen den beiden Polen Rat/Ausschüsse einerseits und Verwaltung andererseits. Tatsächlich handelt es sich bei der kommunalen Selbstverwaltung um ein Dreiecksverhältnis bestehend aus Bürger*innen, Rat/Ausschüssen und Verwaltung. Lust auf mehr Demokratie entsteht, wenn die Chancen und Dynamiken dieses Dreiecksverhältnisses erkannt und in Richtung einer Verantwortungsgemeinschaft aktiviert und genutzt werden.

Ins Logbuch geschrieben

Im Kontext meiner vorherigen Zeilen schreibe ich unseren Politiker:innen folgenden Eintrag in ihr Logbuch: Bitte schaut doch einfach mal in unser Grundgesetz! In den Artikeln 20 und 21 werdet ihr höchst bemerkenswerte Vorgaben zur Rolle der demokratischen Parteien in unserem Land lesen: Artikel 20 Absatz 2 Satz 1 Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. und Artikel 21 Absatz 1 Satz 1 Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Die zitierten Sätze aus dem Grundgesetz mindern keinesfalls die Bedeutung der Parteien, vielmehr verpflichten sie unsere Politikerinnen zu einer tatsächlichen Einbeziehung der Bürgerinnen in politische Entscheidungsprozesse. Nicht mehr und nicht weniger!

Welche Formate einer bürgerschaftlichen Beteiligung sind bekannt und versprechen beziehungsweise garantieren eine reale Mitwirkung? Ich favorisiere das methodische Verfahren der Planungszelle, ab dem Jahr 1970 entwickelt und erprobt von Professor Peter Dienel (1923-2006). Ein Zitat von ihm: »Ein Golfstrom vernünftiger Ideen wird Welle für Welle Fehlsteuerungen korrigieren, die unser System und seine Zukunft heutzutage massiv belasten.«. Wie verläuft eine Planungszelle konkret? Dienel definiert die Planungszelle als eine Gruppe von 25 nach einem Zufallsverfahren ausgewählten Bürger*innen, die aus erster Hand informiert und assistiert von zwei Prozessbegleiter*innen Lösungen für ein ihnen vorgegebenes, als schwer lösbar geltendes Problem erarbeitet. Diese sogenannten Zufallsjuroren



INTERNET

werden für vier Tage von ihren arbeitstäglichen Verpflichtungen freigestellt und für diese Zeit vergütet (!). Mehrere solcher Planungszellen arbeiten nach dem gleichen Muster, ihre Ergebnisse werden zusammengeführt und als Bürgergutachten veröffentlicht. Dieses Verfahren löst, nicht unerwartet, Befürchtungen aus, und zwar bei all denen, die in der politisch-administrativen Apparatur tätig sind. Deren Stammhirne sehen hier Besitzstandsprobleme, so Prof. Dienel. (mehr dazu auf www.planungszelle.de). Ich selbst habe ihn in den 1980er Jahren in einem Gespräch an der Universität Wuppertal kennenlernen können. Ein begnadeter Prophet, dieser Herr Dienel!

Die Vernachlässigten

Von Erwachsenen ist oftmals - vielleicht unbedacht – der Satz zu hören »Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft!«. NEIN, sage ich! Kinder und Jugendliche sind unsere Gegenwart! Umso mehr kommt es darauf an, ihnen Demokratie als etwas Wertvolles und Erstrebenswertes erfahrbar zu machen. Denn junge Menschen haben in unserer Gesellschaft, wenn wir ehrlich sind, nur wenige Möglichkeiten, Mitgestaltung und Mitbestimmung konkret zu erleben. Kinder- und Jugendbeteiligung ist daher ein wichtiger Baustein der Demokratieförderung. Sie muss im eigenen Lebensumfeld, beispielsweise der Schule, ansetzen und durch das Zusammenführen von Entscheidungsbefugnis und Finanzverantwortung zu erlebbaren Veränderungen führen. Aber wie lässt sich eine weitreichende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bewerkstelligen? Meine Antwort: Das Projekt Schüler:innen-Haushalt, inzwischen bundesweit praktiziert! Wer dazu im Internet stöbert, stößt auf vielfältige und überzeugende Projektberichte. Hierzu ein Erfahrungsbericht aus Dortmund, wo dieses Beteiligungsmodell bereits vor Jahren an den Start ging:

Dortmunder Schülerinnen und Schüler an die Macht!

Nachdem im Jahr 2015 bereits Schülerinnen und Schüler an vier Schulen in Dortmund die Möglichkeit hatten, über die Verwendung von 5.000 € bzw. 2.500 € selbst zu entscheiden, startete das Projekt »Schülerhaushalt« an vier weiteren Schulen in Dortmund. Wie auch im Vorjahr wurde das Projekt der Dortmunder Stiftung Jugend und Demokratie in guter Zusammenarbeit mit dem Jugendring Dortmund und dem Bereich Kinder- und Jugendförderung des Jugendamts durchgeführt. Das Projekt startete an jeder Schule mit einer Auftaktveranstaltung, in der

INTERNET

alle Schülerinnen und Schüler über den Schülerhaushalt informiert wurden. Die Schüler:innenvertretungen übernahmen an den Schulen die Aufgabe der Koordinator:innen,

Im Anschluss an die Auftaktveranstaltung waren alle Schülerinnen und Schüler gefragt. Einzeln oder gemeinsam mit anderen wurde überlegt, wofür das Geld eingesetzt werden soll. Um einen Vorschlag beratungs- und abstimmungsfähig zu machen, mussten allerdings für jeden Vorschlag fünf Unterstützer*innen gefunden werden. Für diese Phase wurde ein Zeitraum von zwei Wochen angesetzt. Nachdem alle Vorschläge eingereicht waren, wurden diese von den Schülerkoordinator*innen und der Stadtverwaltung kommentiert. Ziel war (der Autor), »die Schülerschaft dazu zu befähigen, mündige Entscheidungen zu treffen. In diesem Sinne erfolgten Hinweise auf die Machbarkeit, den Zeithorizont, die Notwendigkeit von Bauanträgen o.ä. Die Schülerschaft erhielt dann die Möglichkeit, in einer ein- bis zweiwöchigen Phase Vorschläge zu diskutieren und für sie zu werben. Anschließend folgte der große »Tag der Entscheidung«, an dem die gesamte Schülerschaft über die eingereichten Vorschläge abstimmte. An den Dortmunder Schulen war der Wahltag ein besonderes Ereignis mit professionellen Wahllokalen, bei einer Wahlbeteiligung zwischen 87 und 98 Prozent und viel Spannung – ein echtes Demokratieerlebnis. Die Vorschläge reichten von der Anschaffung eines Aquariums für jede Klasse, über die Ausstattung eines Freizeitraums bis hin zur Anschaffung von Tablets. Nach der Abstimmung an den Schulen geht es nun in die Umsetzungsphase. Die Vorschlagenden und die Unterstützer:innen wie auch die Schülerkoordinator:innen arbeiten dabei Hand in Hand mit der Stadtverwaltung, um das Ergebnis möglichst zeitnah umzusetzen.« (www.jrdo.de/stiftung/schuelerinnenhaushalt)

Freie Presse - wie lange noch?

Die Pressefreiheit zählt zu den unverzichtbaren und entscheidenden Grundlagen unserer Demokratie. Bereits zu Beginn des bürgerschaftlichen Aufbegehrens gegen die feudale Herrschaft (Stichwort Hambacher Fest 1832) war allen Akteur:innen klar, dass die Presse notwendig frei sein muss. Wenn sie schweigt, ist das der Tod der Freiheit. Hier und heute erleben wir in mehr oder weniger autokratisch regierten Ländern, auch in Europa (!), dass dort die Presse geknebelt wird, um Ideen und Meinungen, die den Herrschenden unangenehm sind, erst gar nicht in die Öffentlichkeit kommen zu lassen.

Im Juni 2023 fand im nordrhein-westfälischen Landtag ein Parlamentsgespräch zu der Frage »Gefährdet die Informationsflut unsere Demokratie?« statt. Prof. Michael Steinbrecher, Professor für Fernseh- und Crossmedialen Journalismus an der TU Dortmund, beschrieb die Aufgaben des Journalismus wie folgt: Er müsse staatsfern sein. Ohne einen freien und unabhängigen Journalismus gebe es »keine Demokratie«, so Prof. Steinbrecher. Hinzu komme die Professionalität, also das Selektieren, Recherchieren und Präsentieren von Nachrichten, das Darstellen von Argument und Gegenargument. Und der Journalismus stehe für die Kontrolle der Politik. (Landtag Intern / 54. Jahrgang -18. Wahlperiode - Ausgabe 4 - 20. Juni 2023)

Nicht zu fassen!

Meinen Beitrag für notiert 89 schließe ich mit einer Nachricht des Deutschlandfunks vom 04. 08. 2023: »Die Bundesregierung will einem »Spiegel«-Bericht zufolge die Mittel für die Bundeszentrale für politische Bildung deutlich kürzen. Im Haushaltsentwurf von Innenministerin Faeser seien im kommenden Jahr nur noch 76 Millionen Euro vorgesehen, nach 96 Millionen in diesem Jahr.«

Diese Kürzung steht im krassen Widerspruch zu der im Koalitionsvertrag vereinbarten Erhöhung der Haushaltsmittel. Die Kürzung um 20 Millionen € gefährdet den Fortbestand laufender Projekte beziehungsweise die Entwicklung neuer Projekte der Demokratieförderung. Und das verantwortet eine Bundesministerin, die der Partei angehört, für die Willy Brandt in seiner Regierungserklärung am 28.10.1969 das Ziel »Mehr Demokratie wagen« dekliniert hatte, unter anderem mehr Diskurs und mehr Mitbestimmung. Und nun das angekündigte Sparprogramm zu Lasten der Bundeszentrale für politische Bildung!

Josef Niehaus

1979 bis 2011 Geschäftsführer Jugendring Dortmund,
2014 bis 2020 Mitglied des Rates der Stadt Lippstadt,
Leitungsaufgaben in der DPSG:
1973 bis 1976 Diözesanvorsitzender Paderborn,
1976 bis 1981 Stellvertretender Bundesvorsitzender,
1983 bis 1988 Bundesreferent Roverstufe

»Schwarz-Weiß-Rot bis in den Tod!«

Eine verstörende Überschrift, aber ebenso eine verstörende Realität.

Die Flagge mit drei waagerechten, gleich breiten Streifen in den Farben Schwarz-Weiß-Rot war von 1867 bis 1871 Kennzeichen für Handels- und Kriegsschiffe des Norddeutschen Bundes, von 1871 bis 1919 die Nationalflagge des Deutschen Reichs in der Kaiserzeit und von 1933 bis 1935 übergangsweise zusätzlich die Flagge des »Dritten Reichs«, ehe die Hakenkreuzflagge als alleinige Nationalflagge eingeführt wurde. In dieser Zeit wurden die Farben zunehmend von Monarchisten, Freikorps und anderen rechtsgerichteten Republikgegnern als Zeichen für ihre Ablehnung des republikanischen Staates verwendet.

DHM

Die Reichskriegsflagge des Kaiserreichs.

BLEYLE

Auch in der Werbung: Schwarz-Weiß-Rot.

In einer Zeit des in ganz Europa wachsenden Nationalismus standen die nationalen Symbole des Staates hoch im Kurs. Das galt insbesondere für einen vergleichsweise jungen Nationalstaat wie das Deutsche Kaiserreich, das bald auch ansehnliche politische und wirtschaftliche Erfolge erringen konnte, die sich dann auch mit den neuen Reichsfarben verbinden ließen. Stand Kaiser Wilhelm I. diesen noch ablehnend gegenüber, so änderte sich dies schlagartig mit Amtsantritt seines Enkels Wilhelm II. im Jahr 1888. Unter dessen Regiment wurde Schwarz-Weiß-Rot zum Symbol für das gewachsenen Gewichts des Deutschen Reiches in der internationalen Politik, des Kolonialismus, der Wirtschaft und Wissenschaft.

In der anschließenden Weimarer Republik mit den Farben Schwarz-Rot-Gold benutzten viele antidemokratische und rechtsradikale Parteien und Politgruppierungen die alten Farben, um ihre gegenrevolutionäre politische Überzeugung nach außen zu signalisieren. Auf der rechten Seite des politischen Spektrums kursierte das Schlagwort: »Schwarz-Weiß-Rot bis in den Tod!«

Auf demokratischer Seite hatte sich das Schwarz-Rot-Gold allerdings, trotz der Anfeindungen, gehalten. Es wurde beim Hambacher Fest 1832 gezeigt und schmückte die Nationalversammlung 1849 in der Paulskirche zu Frankfurt, bevor es 1919 zur Nationalfarbe wurde.

Nach ihrer Machtergreifung erklärten die Nationalsozialisten Schwarz-Weiß-Rot zu Nationalfarben des Deutschen Reiches und schafften Schwarz-Rot-Gold als nationales Symbol sofort ab, da es als Identifikationssymbol der verhassten Republik galt. Von 1933 bis 1935 wurde aufgrund einer Anordnung von Reichspräsident Paul von Hindenburg vom 12. März 1933 die schwarz-weiß-rote Flagge zusammen mit der Hakenkreuzfahne, die eigentlich die Parteifahne der NSDAP war, gezeigt. Nach Hindenburgs Tod 1935 wurde durch das von Hitler erlassene Reichsflaggengesetz die Hakenkreuzflagge die alleinige Reichsflagge.

Nach dem Krieg verabschiedete der Parlamentarische Rat am 8. Mai 1949 für den Westen das neue Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das die schwarz-rot-goldene Flagge wieder zur Nationalflagge machte. In Art. 22 GG heißt es ausdrücklich: »Die Bundesflagge ist schwarz-rot-gold.«

Mit dem Aufkommen von Pegida wurde die deutsche Trikolore häufiger bei Demonstrationen von Rechtspopulisten und Rechtsextremen verwendet – so auch bei den Ausschreitungen in Chemnitz 2018. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier nahm dazu Stellung: »Die Farben der deutschen Freiheitsbewegung sind seit dem Hambacher Fest von 1832 die Farben unserer demokratischen Geschichte. Das allein ist Grund genug, den 9. November 1918 aus dem geschichtspolitischen Abseits zu holen! Wer heute Menschenrechte und Demokratie verächtlich macht, wer alten nationalistischen Hass wieder anfacht, der hat gewiss kein historisches Recht auf Schwarz-Rot-Gold. Den Verächtern der Freiheit dürfen wir diese Farben niemals überlassen! Sondern lassen Sie uns stolz sein auf die Traditionslinien, für die sie stehen: Schwarz-Rot-Gold, das sind Demokratie und Recht und Freiheit!«

Anton Markmiller

AKG-IMAGES

Mit schwarz-rot-goldenen Fahnen zieht die Menge zum Hambacher Schloss. Auch polnische und französische Farben sind zu sehen – Symbole des Freiheitskampfes anderer Nationen.

Steht eine schrittweise und ganz friedliche Machtübernahme bevor?

Claus Leggewie
INTERNET

»Dass die Demokratie in der Krise sei, ist zum Gemeinplatz geworden. Der ungenauen Diagnose folgt aber oft eine vage Therapie: Man müsse die »Polarisierung« überwinden, wieder Vertrauen zueinander gewinnen, miteinander in Dialog treten und Kompromisse schließen. Alles richtig: Kompromisse sind das Lebenselixier funktionierender Demokratien. Nur braucht es dazu bekanntlich immer zwei, und die Rede von der Polarisierung unterstellt, da seien zwei Streithähne am Werk, die nur mal ein Bier miteinander trinken müssten. Dem ist nicht so - die Demokratie ist weltweit vor allem von Rechtsaußen bedroht.«

Claus Leggewie, Politikwissenschaftler

Gerhard Baum
INTERNET

Der ehemalige Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) fordert von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) deutlichere Worte zur AfD. »Ich erwarte vom Bundeskanzler Klartext zur AfD«, sagte der 90 Jahre alte Menschenrechtsanwalt der Nachrichtenagentur dpa. Wer die AfD wie Scholz als »Schlechte-Laune-Partei« abtue, verharmlose sie. »Die AfD ist die größte Gefahr für unsere Demokratie seit Gründung der Bundesrepublik vor 74 Jahren«, warnte Baum. »Leute, wacht auf!«. »Es müssen auch viel mehr meinungsbildende Persönlichkeiten Farbe bekennen – Intellektuelle, Künstler, Unternehmer und Bischöfe«, sagte Baum. »Alle kommen aus der Sommerpause und machen einfach weiter, als hätte der Magdeburger Parteitag der AfD nicht erschreckend gezeigt, dass unsere freiheitliche Ordnung einem massiven Angriff ausgesetzt ist – und Europa dazu.« Scholz glaube möglicherweise, es handele sich bei den hohen Umfragewerten für die AfD um ein vorübergehendes Phänomen, das man durch Kritik nur noch aufwerte. »Das ist grundfalsch«, kritisierte Baum. »Wir befinden uns in einer globalen Vertrauenskrise, wie ich sie in dieser Dimension nicht erlebt habe«, sagte der 1932 in Dresden geborene Jurist.

Marcel Fratscher
INTERNET

AfD-Wähler:innen schaden mit ihrer Wahlentscheidung ihren eigenen Interessen: Würde das Programm der Partei umgesetzt, wären die eigenen Wähler:innen die »Hauptleidtragenden« und stünden wirtschaftlich schlechter da als zuvor. Das ergibt eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Die Untersuchung ergab, dass die AfD eine extrem neoliberale Wirtschafts- und Finanzpolitik verfolge. Sie setze sich für Steuersenkungen und gegen Steuererhöhungen auch bei besonders hohen Vermögen ein. Bei der Wirtschaftspolitik setzt die AfD auf die Macht des Marktes und will die Rolle des Staates beschneiden. Keine andere Partei hat größere Einschnitte bei Sozialleistungen geplant. Die AfD ist zudem gegen stärkeren Mieterschutz, hat vor, das Bürgergeld zu beschneiden und zeitlich auf sechs Monate zu begrenzen und Langzeitarbeitslose zu »Bürgerarbeit« zwangsverpflichten. Die AfD-Politik marginalisiere die eigene Wählerschaft, so Marcel Fratscher, Präsident des DIW. Wäre die Partei an der Macht, würden die oftmals ohnehin schon am Rande der Gesellschaft stehenden AfD-Wähler:innen noch stärker marginalisiert. Sie unterlägen einer »kollektiven Fehleinschätzung«, wenn sie davon ausgingen, dass die Pläne der AfD ihnen zu mehr Sicherheit und Chancen sowie besseren Arbeitsplätzen verhelfen würde – das Gegenteil sei der Fall.

Claus Leggewie
INTERNET

»Die Demokratie schwächelt, da sie so viele Krisen auf einmal zu managen hat, aber bedroht ist sie auch in Deutschland massiv von Rechtsaußen.« Das Symmetrieschema, das linken Extremismus reflexhaft mitdenkt, verfehle die Lage, und der Islamismus, der »Tod den Juden« schreit und Homophobie verbreitet, sei nichts anderes als eine religiös drapierte Variante völkischen Nationalismus. Anders als vor 20 Jahren gäbe es für rechten Terror heute eine parlamentarische Basis, ein Umfeld von Verschwörungsgläubigen und einen wachsenden Verdruss an der Lebens- und Herrschaftsform der Demokratie. Es gibt eine nach rechts verrutschte DDR-Nostalgie, eine nationalistische Erzählung von der Invasion durch Immigranten und nicht zuletzt ein europäisches Umfeld, »in dem eine schrittweise und ganz friedliche Machtübernahme bevorstehen könnte.«

Claus Leggewie, Politikwissenschaftler

EIN FANAL

RICHTSCHEID DRUCK

Am 27. und 28. Februar 1933, also vor 90 Jahren, brannte der Reichstag. Die Brandstifter wurden nie ermittelt, ein Einzelner kann es nicht gewesen sein. Das Hohe Haus ist wieder in Gefahr, diesmal von Rechtsextremen und von innen. Dann allerdings brennt nicht nur das Haus, sondern die liberale Demokratie.

WEHRET DEN ANFÄNGEN!